STADT WETZLAR



BESCHLUSSVORLAGE

Antragsteller/in Drucksachen-Nr.: - AZ:

Fraktion DIE LINKE	0577/22 - I/187 -

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Abstimmungsergebnis
Kultur-, Freizeit- und		
Partnerschaftsausschuss		
Finanz- und Wirtschaftsausschuss		
Stadtverordnetenversammlung		

Betreff:

Städtische Großereignisse Konzept zur Beteiligung von Interessensgruppen

Anlage/n:

ohne Anlagen

Text:

Der Wetzlarer Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zur Einbeziehung von daran interessierten Bürgerinitiativen, Interessensgruppen, Parteien und Gewerkschaften bei der programmatischen Ausgestaltung von städtischen Großereignissen (wie: Ochsenfest, Brückenlauf/-fest, Gallumarkt, Apfelmarkt) auszuarbeiten und dieses den städtischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Wetzlar, den 21.10.2022

gez. Sylvia Kornmann

Begründung:

Will man gesellschaftspolitisches und sozial-kulturelles Engagement auf breiter Front fördern, bieten Großereignisse mit hohen Besucherzahlen einen geeigneten Resonanzboden, um auf die Arbeit gesellschaftlicher Akteure aufmerksam zu machen, die für sozialen Zusammenhalt, einen sorgsamen Umgang mit Energie und natürlichen Ressourcen sowie sportliche und kulturelle Betätigung stehen. Dass in der jüngsten Vergangenheit engagierten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich gegen Flächenversiegelung und für eine Verkehrs- und Mobilitätswende stark machen, die "kalte Schulter" gezeigt wurde, ist – angesichts der Herausforderungen, vor denen wir auf diesem Gebiet stehen – absolut unverständlich und 'aus der Zeit gefallen'.

Beim diesjährigen Brückenfest gab es keine Transparenz bei Entscheidungen des Stadtmarketings und des Magistrats, welche Initiativen öffentlich für ihre Ziele werben durften und welche nicht. So wurde etwa ein Infostand von ver.di zum "Verkaufsoffenen Sonntag" genehmigt, vor dem Parteibüro der GRÜNEN wurden den Brückenlauf-Teilnehmerinnen erntefrische Äpfel offeriert, während dem Wetzlarer Verkehrswendebündnis und der BI Lebenswerte Altstadt eigene Beiträge (Infostände, Flyer, Installationen und Präsentationen) auf der "FahrRad-Info-Messe" verweigert wurden. Das hat zu Verdruss geführt und wirft völlig zu Recht die Frage nach der Gleichbehandlung von interessierten Initiativen auf.